Jeder einzelne Baum wird erfasst: Wie Kartografen die Schweiz neu vermessen. Seite 52

28. Dezember 2014
13. Jahrgang | Nr. 52
www.nzz.ch/sonntag
Fr. 5.00 | € 4.30

NZZ am Sonntag

Ausländer würden Linke und Grüne wählen

SP bei Südländern am populärsten, die Grüne Partei bei Deutschen

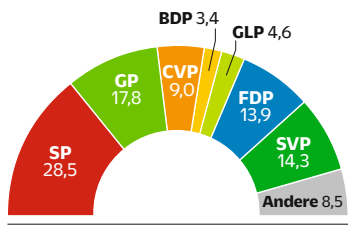
Zuwanderer stehen deutlich weiter links als die Schweizer Bevölkerung. Das zeigt eine Studie der Uni Lausanne.

Stefan Bühler

Sie wünschen sich mehr Umweltschutz, höhere Sozialleistungen und sind weniger häufig für eine starke Armee. Auch einem EU-Beitritt stehen Immigranten und ihre Nachkommen weniger ablehnend gegenüber als Schweizer. Vor allem aber hegen Ausländer im Schnitt deutlich mehr Sympathien für linke Parteien. Unter Spaniern, Italienern und Franzosen ist die SP klar die beliebteste Partei. Bei den deutschen Zuwanderern stehen die Grünen an erster Stelle. Die grösste Partei der Schweiz, die SVP, stösst hingegen bei Ausländern auf vergleichsweise geringe Sympathie.

Dies zeigt eine neue Untersuchung von Andreas Ladner. Der Professor an der Universität Lausanne hat für die «NZZ am Sonntag» erstmals die politischen Präferenzen der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz untersucht. Er stützte sich dabei auf die Daten des sogenannten Haushaltpanels. Das ist eine seit 1999 jährlich wiederholte Umfrage zu den Lebensbedingungen in der Schweiz bei mehreren tausend Haushalten mit weit über 10 000 Personen, unter ihnen rund 1000 Ausländer.

So würden Ausländer wählen
(Wähleranteile in Prozent)



Für den Linkstrend bei den Immigranten sieht Ladner verschiedene Gründe. Etwa die «politische Wertorientierung in den Herkunftsländern, möglicherweise gepaart mit einer grösseren Auswanderungsbereitschaft von liberal- und linksorientierten Kreisen». Die tiefe Popularität der SVP ist demnach nicht allein mit deren restriktiven Positionen in Ausländerfragen zu erklären.

Seite 9

Stadt Zürich nimmt unverhofft Millionen ein

Ein Liegenschaftenverkauf an der Zürcher Bahnhofstrasse trägt der Stadt zwischen 30 und 50 Millionen Franken an Grundstückgewinnsteuern ein. Es handelt sich um das Grieder-Haus beim Paradeplatz. Die Credit Suisse hat das auffällige Gebäude Ende November dem Uhrenkonzern Swatch Group verkauft – für schätzungsweise 400 Millionen Franken. Den Ertrag für die Stadt Zürich hat die zuständige Kommission für Grundsteuern noch nicht errechnet. Steuerexperten können aber den ungefähren Ertrag abschätzen. Mit diesen unverhofften Millionen schrumpft das Loch im Budget der Stadt fürs nächste Jahr auf unter 100 Millionen. Der Gemeinderat hatte Mitte Dezember an drei Tagen insgesamt 30 Stunden benötigt, um das ursprünglich veranschlagte Defizit von 160 Millionen mit Sparanträgen um 30 Millionen zu verkleinern. Den Geldsegen aus dem Handwechsel an der Bahnhofstrasse hatte noch niemand einkalkuliert. *(asc.)*

Seite 8

Neuer ETH-Präsident will eine Rückkehr zum «echten Lernen»

Online-Kurse von Hochschulen boomen auf der ganzen Welt. Doch Lino Guzzella sagt, viel lerne man nicht dabei.

Michael Furger

DOMINIC BÜTTNER

Lino Guzzella (10. 12. 2014)

Der neue ETH-Präsident Lino Guzzella hält nicht viel von den Online-Fernkursen, die Universitäten weltweit in steigender Zahl anbieten. Nicht einmal das Studium von Büchern führe zur Erkenntnis. «Die Idee, dass man einen Text liest oder eine Website anschaut und verstehen soll, was gemeint ist, ist eine Illusion. Das funktioniert in meinen Augen nicht», sagt Guzzella.

Die sogenannten «Massive Open Online Courses» gelten bei vielen Universitäten als die Zukunft des Lernens. Für Guzzella sind sie nur als Ergänzung hilfreich, etwa um sich Fakten einzuprägen. Dies sei aber nicht die Aufgabe einer Hochschule. Diese müsse den Studierenden beibringen, selbständig und kritisch zu denken. «Wir wollen nicht Menschen ausbilden, die bestehendes Wissen wiedergeben, sondern solche, die Neues schaffen können.» Dieses «echte Lernen» finde nicht im Internet statt, sondern über den direkten Kontakt mit Menschen.» Lernen sei sozial und emotional bestimmt.

Guzzella, bis jetzt Rektor der ETH Zürich, übernimmt am 1. Januar das Präsidium und wird damit zur obersten Führungsperson der Elitehochschule. Er warnt vor einem grenzenlosen Wachstum der Studierendenzahl und befürwortet eine Regulierung der ausländischen Studenten. Die ETH hat sich zwar öffentlich gegen die Ecopop-Initiative ausgesprochen. Er verstehe aber viele Argumente der Befürworter. Mit den Initianten und auch mit der SVP gebe es durchaus Berührungspunkte.

Seite 18

Essen wir bald wieder das ganze Schwein?

Jetzt laden die Beizen wieder zur Metzgete, zu Rippli, Leberwurst und Gnagi. Doch die Fleischgelage ziehen nur wenige Liebhaber an. Die meisten Konsumenten wollen knochenfreie Edelstücke. Berge von Schlachtabfällen sind die Folge. Deshalb halten Köche wie Fergus Henderson dagegen: Wer ein Tier töten lässt, soll es ganz essen. **Hintergrund Seite 21**

CHRISTIAN LOHMAN / GETTY IMAGES

Wissen
Woher der Kater nach der Party kommt **57**

Wirtschaft
Die Gewinner und die Verlierer des Jahres **25**

Kultur
Literaturclub: Gefühle statt Argumente **65**

Gesellschaft
Freddy Burger: So war Udo Jürgens als Freund

52
9 771660 085003

Ausländer stehen weiter links als Schweizer

Vom Ausländerstimmrecht könnten SP und Grüne am meisten profitieren. Die SVP liegt laut einer Studie überraschend klar zurück

WALTER BIERI / KEYSTONE

Auf dem Bau arbeiten mehrheitlich Ausländer, viele sympathisieren mit der SP: Baustelle der Durchmesserlinie Zürich. (Oerlikon, 25. 11. 2014)

Parteipolitisch wie auch in Sachfragen stehen Ausländer weiter links als Schweizer. Das zeigt eine neue Studie der Universität Lausanne.

Stefan Bühler

Von der Einführung des Stimmrechts für Ausländer könnten in erster Linie linke Parteien profitieren. 28,5 Prozent der in der Schweiz lebenden Ausländer würden SP wählen. Bei den ansässigen Franzosen, Spaniern und Italienern ist sie die beliebteste Partei. Die Grünen kommen auf einen Wähleranteil von 17,8 Prozent, sie geniessen die grösste Unterstützung bei den zugewanderten Deutschen. Die SVP – bei den Schweizern mit einem Wähleranteil von 26,6 Prozent beliebteste Partei – erreicht mit lediglich 14,3 Prozent bei den Ausländerinnen und Ausländern insgesamt nur den dritten Platz. Bloss die kleine Gruppe von Ausländern aus ehemals kommunistischen Ländern zieht die SVP allen andern Parteien vor. Die FDP folgt mit 13,9 Prozent an vierter Stelle, immerhin erreicht sie bei den Franzosen in der Schweiz den zweiten Platz hinter der SP. Unter den Ausländern nur wenig Zuspruch erfährt die CVP mit bescheidenen 9 Prozent Wähleranteil. Vom Vorteil, dass viele Zuwanderer namentlich aus Südeuropa katholisch sind, profitieren die Christlichdemokraten offensichtlich nicht.

All dies und einiges mehr zeigt eine neue Hochrechnung, die auf der Analyse der Parteipräferenzen von Ausländern in der Schweiz beruht. Erstellt hat sie Professor Andreas Ladner vom Institut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) der Universität Lausanne.

Da die Ausländer auf nationaler Ebene nicht stimmen können, konnte sich Ladner nicht auf die Daten aus der Wahlforschung stützen, wie das bei einer kürzlich publizierten Studie zum Wahlverhalten der Eingebürgerten möglich war. Er nutzte deshalb die Angaben aus dem sogenannten Schweizer Haushaltpanel. Dies ist eine seit 1999 jährlich wiederholte thematisch weit gefasste Umfrage zu den Lebensbedingungen in der Schweiz bei mehreren tausend Haushalten mit weit über 10 000 Personen, unter ihnen rund 1000 Ausländer. Ladner

Andreas Ladner

Das Interesse der Ausländer an der Schweizer Politik nimmt bei steigender Aufenthaltsdauer ab, stellt der Politologe fest.

räumt ein, die Zahl der im Haushaltpanel vertretenen Ausländer sei «verhältnismässig klein». Die «nicht völlig repräsentative, aber mit grosser Sorgfalt und den nötigen Fachkenntnissen durchgeführte Erhebung spricht jedoch eine sehr deutliche Sprache», sagt Ladner: «Eine umfassendere und repräsentativere Untersuchung würde deshalb kaum zu völlig anderen Schlüssen führen.»

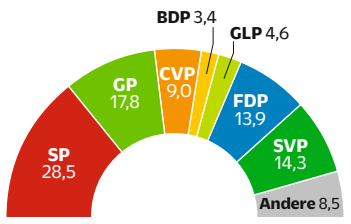
Ladners Auswertung des Haushaltpanels zeigt, dass die ausländische Bevölkerung seit 1999 durchwegs weiter links stand als die Schweizerinnen und Schweizer. Dies zeige sich nicht nur bei den Sympathien für einzelne Parteien, sondern komme auch bei politischen Sachfragen zum Ausdruck: «Sie sind weniger häufig für eine starke Armee, dafür häufiger für höhere Sozialleistungen, und nicht unerwartet sind sie für mehr Chancengleichheit für Ausländer», fasst Ladner zusammen. Auch wünschen sich Ausländer mehr Umweltschutz, und sie stehen der Atomenergie skeptischer gegenüber als Schweizer, hier sind die Unterschiede aber eher gering. Interessant ist der Vergleich bei der EU-Frage: Von den Schweizern wünschen bloss rund 15 Prozent den EU-Beitritt. Bei den Ausländern liegt dieser Wert zwar höher, mit lediglich 25 Prozent Zustimmung sind aber auch die Zuwanderer grossmehrheitlich alles andere als EU-Turbos.

Als Gründe für die Differenzen zwischen der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung sieht Ladner unter anderem «politische Wertorientierungen in den Herkunftsländern, möglicherweise gepaart mit einer grösseren Auswanderungsbereitschaft liberal- und linksorientierter Kreise». Die tiefe Popularität der SVP bei den Ausländern ist folglich nicht ausschliesslich und direkt mit den restriktiven Positionen dieser Partei in Ausländerfragen zu erklären.

Die Analyse der Parteipräferenzen der Ausländer ist mangels Ausländerstimmrecht zwar bloss hypothetischer Natur. Für die Diskussion über die politische Beteiligung der Immigranten erlaubt die Auswertung indes relevante Aussagen. Ausländer mit fünfjährigem Aufenthaltsstatus B oder Niederlassungsbewilligung C seien «eindeutig» weniger an Politik interessiert als Schweizer, sagt Ladner. Aufgrund der seit 15 Jahren erstellten Umfragen des Haushaltpanels gebe es auch «kaum Anzeichen dafür, dass mit der Aufenthaltsdauer das politische Interesse steigt». So sei das politische Interesse der Gruppe mit Status B überraschenderweise grösser als jenes der ständig Niedergelassenen. Diese Beobachtung widerspricht dem Argument, dass Ausländerinnen und Ausländer möglichst lange hier leben müssen, bis sie sich politisch beteiligen. Ladner sagt dazu: Wenn mit der Dauer des Aufenthalts das Interesse an der Politik nicht steige, sondern im Gegenteil sogar sinke, spreche das folglich für eine raschere Erteilung des Stimmrechts. Denn grundsätzlich gelte: «Fehlen die politischen Beteiligungsmöglichkeiten, dann ist das Interesse tiefer», sagt Ladner.

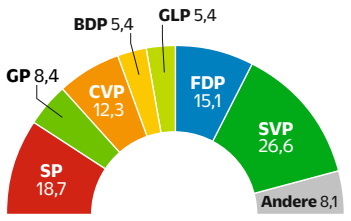
Rot-Grün im Vorteil

Hochrechnung: So würden Ausländer wählen
(Wähleranteile in Prozent)



Quelle: IDHEAP, Andreas Ladner

Zum Vergleich: So haben die Schweizer 2011 gewählt



Quelle: parlament.ch

Ausländerstimmrecht

Westschweiz gewährt mehr Mitsprache

In der Schweiz gewähren Neuenburg und Jura jenen Ausländern, die seit mindestens fünf beziehungsweise zehn Jahren niedergelassen sind, das Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler wie auch auf Gemeindeebene. Im Kanton Neuenburg niedergelassene Ausländer sind in ihrer Gemeinde sogar bereits nach einem Jahr stimmberechtigt. In der Wohngemeinde dürfen Ausländer auch in anderen Kantonen stimmen und wählen, vorwiegend in der Westschweiz: In der Waadt gilt das für Ausländer, die seit zehn Jahren in der Schweiz und seit mindestens drei Jahren im Kanton leben. Ein Stimmrecht haben Ausländer in Genf, die seit acht Jahren in der Schweiz leben. Bloss fünf Jahre Aufenthalt braucht es für Ausländer in Freiburg, damit sie in ihrer Wohngemeinde mitentscheiden dürfen.

Restriktiver ist die Deutschschweiz. In Appenzell Ausserrhoden erlaubt die Kantonsverfassung den einzelnen Gemeinden, Ausländer mitbestimmen zu lassen; Wald, Speicher und Trogen machen davon bereits Gebrauch, Ende November hat auch Rehetobel Ja zum Ausländerstimmrecht gesagt. In Graubünden haben 18 Gemeinden entsprechende Regelungen eingeführt. Gemäss Verfassung von Basel-Stadt könnten die Gemeinden das Ausländerstimmrecht einführen, sie taten es aber bisher nicht. (*sbü.*)

Staatsschutz profitiert von Russen-TV

Der russische Nachrichtensender RT – bekannter unter dem ehemaligen Namen Russia Today – hat am 5. Dezember live aus Basel übertragen. Dreieinviertel Stunden lang lieferte der englischsprachige Kanal Bilder der Demonstration Linksradikaler gegen die Ministerratskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die russischen Stuben.

Die Sendung kann im Internet auf Youtube nachgesehen werden: Epische Sequenzen mit vermummten Gestalten, die durch halbdunkle Gassen ziehen, an staunenden Passanten vorbei. Einige hundert Protestierende skandieren antikapitalistische Parolen und halten Transparente in die Kameras.

Sollte die Live-Übertragung in Russland auch nicht zum Quoten-Hit geworden sein: Zumindest bei den Staatsschützern in Bern und bei der Basler Polizei stiess das Angebot von RT auf reges Interesse, wie gut informierte Quellen berichten. Die Einsatzkräfte konnten die versammelte linksautonome Szene, die sich jeweils auch zu Kundgebungen gegen das Davoser Weltwirtschaftsforum (WEF) einfindet, bequem am Bildschirm beobachten. Zudem ist nun viel Material für nachträgliche Auswertungen vorhanden. Ein Basler Polizeisprecher sagt auf Anfrage nur, man wisse von der Übertragung. Für die Einsatzleitung sei ein Gesamtbild der Situation aber wichtiger als ein punktueller Ausschnitt, wie ihn Fernsehbilder zeigten.

ACTIONPRESS

Die Demonstrierenden hatten im Verlauf der Kundgebung Rauchpetarden und Knallkörper gezündet und Fassaden verschmiert. Die Polizei setzte daraufhin Gummischrot und Tränengas ein. Die OSZE-Vertreter mussten im Kongresszentrum warten, bis sich die Lage beruhigt hatte.

Die Basler Staatsanwaltschaft gibt «aus ermittlungstaktischen Gründen» nicht bekannt, ob sie TV-Bilder für allenfalls laufende Strafuntersuchungen im Zusammenhang mit den Krawallen beizieht. «Wir gehen aber grundsätzlich allen Hinweisen nach, die zur Aufklärung einer Straftat beitragen», sagt ein Sprecher.

Andreas Schmid

Wortkontrolle

▸ Einheimischer, der

Bewohner eines Dorfes, in dem er oder zumindest sein Vater geboren wurde (▸Sippenhaft). Der Begriff geht zurück auf lokale Wohnstrukturen und unterscheidet damit den E. (▸ein Heim) vom Auswärtigen (▸Zweitwohnung). In jüngerer Zeit kam eine Differenzierung nach funktionalen Kriterien hinzu: Der E. arbeitet (▸Inländervorrang) und überlässt den Freizeitspass (▸Heimvorteil) den Externen (▸Exotenbonus). So hat etwa der Chef der Weissen Arena in Laax (▸Dorfkönig), seine E. (▸Ansässige) dazu aufgerufen, die schneearmen Abfahrten für Auswärtige (▸Anstehende) freizulassen – zumal diese mitunter gleich selber Schnee mitbringen (▸eine Nasenlänge voraus). Kein Wunder, dass sogar im Ski-Weltcup mittlerweile die Auswärtigen schneller sind (▸Laxismus).